

Pensionisten
zahlen Steuer
Minister

und
Abgeordnete
KEIN

HERAUS
MIT DER RENDIENERHÖHUNG

100
JAHRE

1924-2024

ZVPO

Zentralverband der Pensionistinnen
und Pensionisten Österreichs

Aktiv ins Alter - Pflege sichern

ZVPO

Zentralverband der
Pensionistinnen und
Pensionisten Österreichs

www.zvpoe.at

 ZVPÖ

 zvpoe@aon.at

 01/214 65 73

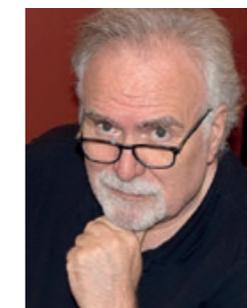
Herausgeber und Verleger:
Zentralverband der Pensionistinnen und Pensionisten Österreichs.
Redaktion: 1020 Wien, Praterstraße 54/8a Tel.+Fax: 01/214 65 73,
E-Mail: zvpoe@aon.at.
Fotos: Archiv
Grafik und Herstellung: typothese.at

Der ZVPÖ ist hundert Jahre jung

2024 feiert der Zentralverband der Pensionistinnen und Pensionisten Österreichs seinen 100. Geburtstag. Aus diesem Anlass beschloss der Bundesvorstand des ZVPÖ, eine Festbroschüre herauszubringen und im Herbst dieses Jahres eine würdige Festveranstaltung für den Verband auszurichten. 100 Jahre Arbeit für die finanziell Benachteiligten und Schwachen, für die Pensionistinnen und Pensionisten und alle, die es noch werden, sind für uns Verpflichtung, unsere Arbeit weiter zu verbessern, den Einfluss des Verbandes zu vergrößern und den ZVPÖ einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Dem dient diese Broschüre, die die Geschichte des Verbandes zusammenfasst und mit historischen Fotos aus der Tätigkeit des Verbandes, soweit sie uns zugänglich waren, ergänzt. Im Anschluss daran finden sich die aktuellen Leitlinien des ZVPÖ, wie sie der Bundestag im Herbst 2022 in Graz beschlossen hat.



Michael Graber
Bundesobmann



Herbert Fuxbauer
Bundessekretär



1950



1951



1960



1954

Seit 100 Jahren aktiv

Sechs Jahre nach Beendigung des Ersten Weltkriegs standen Hunger, Not und Masseneleid für viele Menschen in der jungen Republik auf der Tagesordnung. Um dem Elend entgegenzutreten, trafen sich im Herbst 1924 einige Unfallrentner und Invalide im Gasthaus „Einsiedler“ im Wiener Prater. Im Vordergrund ihrer Überlegungen stand, wie man älteren Menschen, Invaliden und Unfallrentnern in einer Zeit der bitteren Not und Armut helfen könnte. Es gab damals noch kein allgemeines Krankenpflegegesetz, außer für Staatsbeamte, die 1920 dieses Privileg bekamen. Aus den bisherigen Erfahrungen der Arbeiterbewegung lernend wurde beschlossen, dass man sich organisieren müsse und dafür die Gründung eines Verbandes notwendig sei.

Der Zeitpunkt der Gründung war sicher kein Zufall, denn gerade im Jahr 1924 wurde wieder einmal ein Gesetz für die Renten- und Invalidenversicherung, das dem Parlament bereits vorlag, auf die lange Bank geschoben. Mit großer Zuversicht gingen die ersten Funktionäre daran, den Hilfsbedürftigen, soweit dies möglich war, zu ihren Rechten zu verhelfen und landesweit eine Invaliden-, Kranken- und Altersversicherung für alle zu erreichen. Aus der Aufgabenstellung heraus nannte sich der Verein „Hilfsverband der Körperbehinderten und Unfallrentner“.

Der Verband überlebt den Krieg

Im Laufe von Jahrzehnten änderten sich die Schwerpunkte und Forderungen des Verbandes entsprechend den sozialen Gegebenheiten, aber immer stand die Forderung nach einem gesicherten Lebensabend und einem Altern in Würde im Mittelpunkt der Tätigkeit. Auch der Name des Verbandes wurde im Laufe der Geschichte



1961



1968



Richard Geyer (li.) mit Mitgliedern der ZVPÖ-Leitung vor dem ehemaligen Lokal des Verbandes im 5. Wiener Bezirk.



Landesversammlung Steiermark 1975

einige Male geändert und das nicht immer freiwillig. So hat sich im Jahre 1937 eine Gruppe von unserem Verband getrennt und unter den Bedingungen des Ständestaates einen eigenen Verein gegründet. Damit entstand der neue Name „Zentralverband der Sozialrentner Österreichs“.

Als unser Land 1938 vom Hitlerfaschismus annektiert und Österreich in das 1000jährige Reich eingegliedert wurde, mussten die damaligen FunktionärInnen unseres Verbandes große Geschicklichkeit beweisen, um die drohende Auflösung zu verhindern. Denn mit 1. Jänner 1939 trat auch in Österreich die „Reichsversicherungsordnung“ in Kraft und wurde einer Berliner Zentrale unterstellt. Auch der Name musste geändert werden und zwar in „Reichsbund der deutschen Kapital- und Kleinrentner, Bundesgebiet Ostmark“. Da alle Unterlagen aus dieser Zeit entweder vernichtet oder nicht mehr zugänglich sind, ist es durchaus denkbar und wünschenswert, dass dieser Teil der Geschichte, der mit illegalem Widerstand gegen das NS-Regime verbunden war, von HistorikerInnen aufgearbeitet wird und damit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann.

Neubeginn nach 1945

Nach der Niederschlagung des Hitlerfaschismus und der Befreiung Österreichs begann ein neues Kapitel in der Entwicklung unseres Verbandes. Wir traten österreichweit als einziger und unabhängiger Verband auf, der sich gemeinsam mit fortschrittlichen Menschen verschiedener politischer Lager darum bemühte, den vom Krieg gezeichneten Menschen eine gewisse soziale Sicherheit zu geben und ihnen zu ihren Rechten zu verhelfen. Leider begannen 1948 erste Diskussionen darüber, dass unser überparteilicher Verband sich einer politischen Partei unterstellen sollte, was von vielen FunktionärInnen abgelehnt wurde. Es kam zur Gründung eigener parteinaher Pensionistenverbände von SPÖ und ÖVP, die heute „Pensionistenverband“ bzw. „Seniorenbund“ heißen. Der verbliebene parteiunabhängige Ver-



1971



1976



Volksstimmefest in den 1970er Jahren



Steirischer Zentralverband 1975

band nahm den neuen Namen „Zentralverband der Sozialrentner und Pensionisten Österreichs“ an und wurde mit Orts- und Landesorganisationen in allen Bundesländern zu einer treibenden Kraft bei der Durchsetzung der Sozialforderungen der RentnerInnen und PensionistInnen. Sei es das Sozialversicherungs-Neuregelungsgesetz von 1952, das Rentenbemessungsgesetz 1954 oder die Durchsetzung der 13. Monatsrente im Jahr 1953 und deren erste Auszahlung im Oktober 1955 – immer wieder stand unser Verband als treibende Kraft hinter diesen Anliegen.

Das 1956 beschlossene und in den folgenden Jahren durch unzählige Novellen immer wieder geänderte Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG) oder das 1993 eingeführte Pflegegeld, einschließlich dessen jährliche Valorisierung 2020, waren wesentlicher Teil der Forderungen unseres Verbandes. Parallel zu diesen Veränderungen und teilweisen Verbesserungen gab es immer wieder auch das Bemühen von Seiten der wechselnden schwarz-roten Koalitionsregierungen, Kürzungen und Verschlechterungen im sozialen Netz durchzusetzen, was besonders die ältere Generation betraf. Und hier standen die parteinahen Pensionistenverbände von ÖVP und SPÖ nicht immer auf Seiten der sozial Schwachen und opferten ihre soziale Verantwortung koalitionären oder parteipolitischen Interessen. Ein Beweis mehr dafür, dass die Überparteilichkeit unseres Verbandes richtig und notwendig war, da sie sich ausschließlich von den Interessen der sozial Schwachen leiten ließ.

Überparteilich, aber nicht unpolitisch

So formulierte der frühere Bundesobmann, Kollege Richard Geyer, anlässlich des 55. Geburtstags des ZVPÖ im Mai 1979: „Es zeigt sich, dass der Beschluss, den Zentralverband als überparteiliche Organisation zu führen, richtig war, dass wir an diesem Beschluss festhalten werden. Die Überparteilichkeit erstreckt sich freilich auf alle, auch auf Kommunisten. Auch sie haben in unserem Verband das Recht, sich für ihre Partei zu engagieren. Das steht aber jedem Mitglied unseres Verban-



Bundestag 1978



1978



1981



Bundestag 1981



Bundestag 1984



1984, Festveranstaltung zu 60 Jahren ZVPÖ in der Kurhalle Oberlaa

des zu. Wir sind überparteilich, aber wir können nicht unpolitisch sein. Wir müssen uns mit der Politik der Parteien und ihrer Tätigkeit im Parlament befassen, wir müssen gegen jede Verschlechterung auftreten und für neue Verbesserungen kämpfen.“ Ein Beispiel dafür war der Kampf für die Abschaffung des österreichweiten Pflegeregresses, an dem der ZVPÖ gemeinsam mit anderen politischen Kräften wesentlichen Anteil hatte.

Als im Dezember 1961 die neunte Novelle zum ASVG eine Änderung in der Bezeichnung der Leistungen aus der Sozialversicherung brachte, aus den früheren Renten und RentnerInnen Pensionen und PensionistInnen wurden, war es notwendig, auch den Namen unseres Verbandes in die heutige Bezeichnung „Zentralverband der Pensionistinnen und Pensionisten Österreichs“ zu ändern.

Unsere Zeitung

Geändert hat sich auch der Name unserer Zeitung. Aus „Der Sozialrentner“ wurde später „Der Sozialrentner und Pensionist“ mit einer eigenen Beilage von „Wiener Nachrichten des ZVPÖ“. Ab 1981 hieß die Zeitung „Der Pensionist“ und wurde schließlich mit der Nummer 3/2014 zu „ZVPÖ aktiv“ und ab 2020 zu „Aktiv Leben - Zeitung des Zentralverbands der Pensionistinnen und Pensionisten Österreichs“. Und immer begleitete unsere Zeitung die Aktivitäten unseres Verbandes, sei es die Beratungs- und Veranstaltungstätigkeit in den Ortsgruppen, sei es die Reisetätigkeit im In- und Ausland, die seit den 90er Jahren stark zunahm, seien es Urlaubsaktionen oder kulturelle Veranstaltungen. Vor allem aber lag der Schwerpunkt der Inhalte auf den sozialen Forderungen: So etwa gegen ungenügende Pensionserhöhungen oder Angriffe auf die damalige Witwenpension, oder Aktionen gegen die Streichung des Bestattungskostenersatzes 1981 oder der Kampf gegen die Pensionsreform 2003 als eines der übelsten Machwerke der ersten schwarz-blauen Koalition oder etwa Forderungen nach Einführung einer



1984



Eine Delegation von ZVPÖ, GLB und KPÖ überreichen 1986 der Regierung Vranitzky über 70.000 Unterschriften für eine Lohnsteuerreform



1986



1990



Mindestpension (Ausgleichszulagenrichtsatz) über der Armutsschwelle oder für die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung unseres Sozialsystems, oder zuletzt gegen die Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger, mit der Ausschaltung der Vertreter der Versicherten. 2019 organisierte unser Verband ein hochkarätig besetztes Symposium unter dem Titel „Offene Wunde Pflege“, es entstand eine Broschüre des ZVPÖ für eine grundlegende Pflegereform und deren Finanzierung mit zahlreichen qualitativ hochrangigen Beiträgen von Fachleuten aus allen Bereichen der Pflege.

Über Soziale Medien und eine eigene Homepage erreicht der Verband ebenfalls viele seiner Mitglieder und eine interessierte Öffentlichkeit.

In den hundert Jahren seit der Gründung unseres Verbandes hat sich politisch, wirtschaftlich und sozial Grundlegendes verändert. Viele dieser Veränderungen waren in einem System der Umverteilung von unten nach oben nicht immer positiv für die sozial Schwachen. Deshalb nutzt unser Verband auch die Möglichkeit im Bundesseniorenrat, der offiziellen Vertretung aller Seniorenverbände, in den wir 1998 aufgenommen wurden, unsere Anliegen und Forderungen vorzubringen.

Der Bundestag im Herbst 2022 in Graz, wo der ZVPÖ von der KPÖ-Bürgermeisterin Elke Kahr und von Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer begrüßt wurde, beschloss Leitlinien, die für den Verband weiterhin Gültigkeit haben. Graz wurde auch deshalb gewählt, weil es dort gelungen ist, langjährige Forderungen im Interesse der älteren Generation zu verwirklichen, so etwa das Zuzahlungssystem für die mobile Pflege, das es ermöglicht, dass alle SeniorInnen, die dies wünschen, zu Hause gepflegt werden können, ohne dass sie aus finanziellen Gründen in ein Heim verlegt werden müssen.



**Bundestag 2022 in Graz,
in der Mitte Bürgermeisterin Elke Kahr**



Demo in Wien, 2023



Zentralverband Oberösterreich 2024



Leitlinien

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.

Der ZVPÖ ist überparteilich, aber nicht unpolitisch. Neben der Vertretung der sozialen Interessen der älteren Generationen ist der Verband seit seiner Gründung für Frieden und Solidarität auch in den internationalen Beziehungen eingetreten. Soziale Sicherheit und sozialer Fortschritt im Allgemeinen und für die älteren Generationen im Besonderen erfordern Frieden. In unserem Verband gibt es noch KollegInnen, die sich an die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs erinnern. Sie, aber auch alle anderen, sind deshalb zutiefst besorgt über die internationale Entwicklung, in der der Krieg wieder als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln betrieben wird. Die Kriege in Nahost und jüngst in und gegen die Ukraine – wie schon jene gegen Jugoslawien, den Irak und Libyen in den 1990er und Nuller-Jahren – haben ein Klima geschaffen, in dem Aufrüstung statt Abrüstung, Konfrontation statt Zusammenarbeit, Kriegspropaganda statt Völkerverständigung dominieren und Wirtschaftskriege auf Kosten der Menschen angezettelt werden. Jeder Krieg untergräbt demokratische Rechte und stärkt autoritäre Tendenzen.

Der ZVPÖ kritisiert die von der Regierung beabsichtigte Erhöhung des Rüstungsbudgets. Jede Milliarde, die dafür aufgewendet wird, fehlt im Gesundheitssystem, in der Pflege, für die Sicherung der Pensionen und für Bildung. Mehr Waffen und Soldaten führen nicht zu mehr Frieden. Im Gegenteil, sie erhöhen das Risiko bewaffneter Auseinandersetzungen und Kriege. Sie verstärken die barbarische Kriegslogik eines „Aug um Aug, Zahn um Zahn“. Sie entziehen der Volkswirtschaft riesige Mittel, die statt produktiv eingesetzt zu werden nur die Profite der Rüstungskonzerne vervielfachen und dadurch Mittel, die etwa zur Bewältigung der Klimakrise erforderlich sind, entziehen.

Der ZVPÖ wendet sich gegen alle Versuche, die österreichische Neutralität noch weiter auszuhöhlen oder gar zugunsten eines Militärpaktes aufzugeben. Wir wollen nicht, dass unsere Kinder und Enkelkinder an Kriegen, weder in Europa noch anderswo, teilnehmen müssen. Der wichtigste Beitrag Österreichs zur Erhaltung des Friedens und für die Lösung internationaler Konflikte ist eine aktive Neutralitätspolitik, die wir von der Regierung einfordern. Wir sind solidarisch mit allen zivilen Opfern von Krieg und Vertreibung.

Soziale Absicherung für die ältere Generation

Die Inflation hat sich binnen eines Jahres auf das Vierfache beschleunigt. Wohnen, Energie und Heizen, Lebensmittel, das tägliche Leben – alles wird für hunderte-tausende PensionistInnenhaushalte unerschwinglich. Viele stehen vor der Entscheidung: Heizen oder Essen.

Die Pensionsanpassung vom 1.1.2022 machte für die Mehrheit der PensionistInnen 1,8 Prozent brutto, für AusgleichszulagenbezieherInnen drei Prozent aus. So kann es für PensionistInnen nicht weiter gehen.

Die Regierung gibt vor, mit Einmalzahlungen die Teuerung zu bekämpfen. Aber selbst diese sind mit zahlreichen Hürden versehen und mit Verzögerungen geplant, bis sie bei den Haushalten ankommen. Sie sind auf keinen Fall nachhaltig, denn selbst wenn die Dynamik der Inflation zurückgehen sollte, was derzeit nicht abzusehen ist, bleibt das Preisniveau hoch und die Pensionen niedrig.

➔ **Der ZVPÖ fordert daher eine sofortige Anpassung der Pensionen an die derzeitigen Teuerungsraten, nicht in Form von Einmalzahlungen sondern als Bestandteil der Pensionsberechnung. In Zeiten hoher Inflation muss die Pensionsanpassung viertel- oder halbjährlich erfolgen.**



Neben den Energiekonzernen und jenen großen Konzernen, die ihre Profite über die Preise weitergeben können, womit sie die KonsumentInnen belasten, gehört auch der Staat zu den Gewinnern der Inflation. Jede Preiserhöhung erhöht den Ertrag der Mehrwertsteuer, jede inflationsbedingte Erhöhung der Einkommen führt zur Erhöhung der Lohn- und Einkommenssteuer. Der Staat kann es sich daher leisten, diese steuerlichen Zusatzeinnahmen an die Bevölkerung und damit auch an die PensionistInnen zurückzugeben.

Während Steuern, aber auch Mieten, automatisch an die Teuerung angepasst werden, müssen die Lohnabhängigen, aber auch PensionistInnen der Teuerung hinterherlaufen.

Der ZVPÖ fordert eine sofortige Anpassung der Pensionen an die derzeitigen Teuerungsraten, nicht als Einmalzahlung sondern als Bestandteil der Pensionsberechnung. In Zeiten hoher Inflation muss die Pensionsanpassung viertel- oder halbjährlich erfolgen.

Der ZVPÖ erneuert daher seine langjährigen Forderungen:

- ➔ **Wohnen, Betriebskosten und Heizenergie müssen von der Mehrwertsteuer befreit werden.**
- ➔ **Mieten und Grundnahrungsmittel müssen gedeckelt bzw. preisreguliert werden.**
- ➔ **Die Messung der Teuerung muss in einem Index ausgewiesen werden, der auf einem Warenkorb basiert, der für PensionistInnenhaushalte typisch ist und ein Referenzbudget für PensionistInnen berücksichtigt.**
- ➔ **Darüber hinaus tritt der Verband für eine Energiegrundsicherung ein, die den Durchschnittshaushalt mit kostenloser Basisenergie versorgt.**



Maßnahmen gegen Altersdiskriminierung

Beispiele für Altersdiskriminierung zeigen sich in den verschiedensten Bereichen. Dazu gehören unter anderem finanzielle Fragen, der Bereich der Arbeitswelt, der Pflege und Gesundheit sowie der Mobilität. Krasse Beispiele für Altersdiskriminierung finden sich im Bereich der Versicherungs- und Bankgeschäfte. Der Erhalt eines Kredites wird mit zunehmendem Alter deutlich komplizierter. Wie eine Studie über Antidiskriminierung verdeutlicht, wird Personen ab einem bestimmten Alter

- **kein Bankkredit mehr gewährt oder ihnen ein Versicherungsabschluss verweigert**
- **nur mehr der Abschluss ungünstigerer (neuer) Versicherungs- oder Kreditverträge im Vergleich zu jüngeren Kunden und Kundinnen ermöglicht**
- **eine signifikante Hochstufung in bestehenden Versicherungen zugemutet.**

Gegen Diskriminierung aufgrund des Alters in der Pflege

Die Benachteiligung liegt hierbei häufig in einer nicht ausreichenden Beachtung, Betreuung und Versorgung in Alters- und Pflegeheimen, aber auch bei einer Pflege, die im Haus oder der Wohnung der/des jeweiligen SeniorIn stattfindet. Im Gesundheitssystem wird älteren Menschen der Zugang zu bestimmten Programmen oder Untersuchungen oder deren Finanzierung verweigert. Altersdiskriminierung kann in beiden Fällen dazu führen, dass ältere Menschen sich auf das sprichwörtliche Abstellgleis gesetzt fühlen. Die Benachteiligung wird also in diesem Sektor nicht nur physisch, sondern auch emotional besonders spürbar.



Gegen Diskriminierung aufgrund einer Beeinträchtigung

Dies gilt umso mehr, wenn mit der längeren Lebensdauer körperliche, psychosoziale, intellektuelle oder Sinnesbeeinträchtigungen zunehmen. So hat derzeit jede dritte Person der 65- bis 79-Jährigen und jede zweite Person ab 80 Jahren eine Beeinträchtigung.

Gegen Diskriminierung bei Beeinträchtigung des Sehens

Kleine Schriftgrößen oder Texte mit geringem Kontrast zum Hintergrund können nur mit Mühe gelesen werden, erhöhte Blend-Empfindlichkeit steigert die Stolper- und Sturzgefahr.

Gegen Diskriminierung bei Beeinträchtigung des Hörvermögens

Ein (stark) vermindertes Hörvermögen erschwert den Besuch von Konzerten und Theateraufführungen, den Einkauf, den Behördenweg und alle anderen Tätigkeiten, bei denen Interaktionen mit Menschen nötig sind.

Gegen Diskriminierung bei der Mobilität

Mehr Zeit wird in der eigenen Wohnung verbracht und Sozialkontakte, Behördenwege, Einkauf, die Buchung von Reisen und Bankgeschäfte werden mühsamer.

Gegen Diskriminierung bei der Nutzung digitaler Medien

Immer mehr Dienstleistungen sind nur mehr online zugänglich, was eine erhebliche Einschränkung für Personen darstellt, die noch in der analogen Welt aufgewachsen sind. Das betrifft Anträge für Beihilfen und Einmalzahlungen,



für Fahrkarten zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, die Online-Buchung und -Bestellung von Waren und Dienstleistungen, die Nutzung von E-Banking, die Unterzeichnung von Petitionen u.v.a.m. Aus Rücksicht auf die ältere Generation sind, wo immer möglich, diese Dienstleistungen auch offline zur Verfügung zu stellen.

Die bestehende Gesetzgebung berücksichtigt die besonderen Bedürfnisse und Anliegen älterer Menschen viel zu wenig. Um die gleichberechtigte Teilhabe von älteren Menschen mit und ohne Behinderungen zu verbessern und um die Rechte von älteren Menschen zu sichern, ist für eine Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die in Österreich seit 26. Oktober 2008 in Kraft ist, zu sorgen. Darin sind Maßstäbe formuliert, die in Gesetzgebung und Verwaltung ebenso berücksichtigt werden müssen wie bei der konkreten Ausgestaltung des Lebensumfeldes und der Zugangsmöglichkeiten zu unterschiedlichsten Dienstleistungen.

➔ **Der ZVPÖ fordert daher in der Gesetzgebung und im Verwaltungsalltag der Altersdiskriminierung entgegenzutreten und die Rechte älterer Menschen mit und ohne Behinderungen zu schützen. Dies ist Teil der Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben unabhängig vom Alter.**

Besondere Maßnahmen gegen weibliche Altersarmut

Alljährlich wird analog zum Equal Pay Day der Equal Pension Day begangen, jener Tag im Jahr, an dem Männer bereits so viel Pension erhalten haben, wie Frauen erst bis Jahresende erhalten haben werden. Die Eigenpensionen von Frauen in Österreich sind derzeit im Durchschnitt um 41,6% geringer als jene von Männern. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass Frauen pro Monat um 851 Euro weniger Pension erhalten als Männer. Wenn die Bekämpfung der Altersarmut von Frauen im Tempo der letzten Jahre weitergeht, wird es noch mehr als 100 Jahre dauern, bis annähernd Geschlechtergerechtigkeit hergestellt ist.



Den niedrigen Frauenpensionen im Alter geht eine geschlechterspezifische Arbeitsbiografie voraus: Durch die mangelnde Aufteilung der unbezahlten Arbeit ist Teilzeitbeschäftigung mittlerweile unter Müttern fast der Normalfall geworden, für 83% der Kinder unterbricht ausschließlich deren Mutter ihre Erwerbstätigkeit. Das österreichische Sozialversicherungssystem, ausgerichtet auf vollzeiterwerbstätige Männer ohne Lücken in der Erwerbsbiographie, „bestraft“ jede Abweichung von dieser Norm. Frauen haben deshalb im Durchschnitt 10 Beitragsjahre weniger als Männer, größtenteils verursacht durch betreuungsbedingte Erwerbsunterbrechungen. Dazu kommt noch die Lohnschere, die dafür sorgt, dass Frauen immer noch um 18,3 Prozent weniger verdienen wie ihre – gleich qualifizierten – männlichen Kollegen. Darüber hinaus sind typische „Frauenjobs“ – während der Pandemie gern „systemerhaltend“ genannt – schlecht bezahlt.

Ausgleichszulage weiterhin unter der Armutsgrenze

Ein weiterer Hebel zur Anhebung von Alterspensionen, die nicht zum Leben reichen, ist die Ausgleichszulage. Von 78.026 AlterspensionistInnen, die 2021 eine Ausgleichszulage bezogen, waren 54.093 Frauen. Ab 1.1.2022 wurde der Ausgleichszulagenrichtsatz zwar erhöht, für Alleinstehende auf 1.030,49 Euro, für Paare auf 1.625,71 Euro. Dies liegt nach wie vor weit unter der Armutsgrenze.

Zusätzlich zur Ausgleichszulage wurde ab 1.1.2022 ein Pensionsbonus für Menschen mit 30 oder 40 Beitragsjahren zur Pflichtversicherung aufgrund einer Erwerbstätigkeit (Kinderbetreuungszeiten sind mitgerechnet) eingeführt. Jedoch sind die Beträge lächerlich gering. Der Bonus in der Höhe der Differenz zwischen Pension und dem Richtwert beträgt derzeit maximal 180,36 Euro, bei Paaren ist der Bonus mit 459,85 Euro gedeckelt.



Die letzte Pensionsreform brachte auch die Abschaffung der abschlagsfreien vorzeitigen Alterspension bei gleichzeitiger Einführung des Frühstarterbonus. Damit sollen Menschen, die schon vor der Vollendung des 20. Lebensjahrs berufstätig waren, für jeden Monat, den sie in jungen Jahren gearbeitet haben, 1 Euro (!) mehr Pension bekommen. Auch dieser Betrag ist mit maximal 60 Euro gedeckelt.

Deshalb fordert der ZVPÖ

- **Die bessere Anrechnung von Kinderbetreuungszeiten. Statt 110 Euro sollen 160 Euro pro Monat als Versicherungsbeitrag angerechnet werden und zwar auch für Frauen, die schon jetzt in Pension sind und Kindererziehungszeiten aufweisen.**
- **Für Pflegekräfte, überwiegend Frauen, muss der Zugang zur Schwerarbeitspension ab 60 Jahren eingeführt werden.**
- **Die abschlagsfreie Pension nach 45 Arbeitsjahren ist beizubehalten.**
- **Die Kürzung der Pensionsanpassung im ersten Jahr nach Pensionsantritt ist rückgängig zu machen.**
- **Abschaffung des Familienrichtsatzes.**
- **Pensionssplitting muss weiter freiwillig bleiben.**
- **Der Ausgleichszulagenrichtsatz muss deutlich über die Armutsschwelle angehoben werden.**
- **Das faktische Verbot von Zusatzverdiensten für AusgleichszulagenbezieherInnen muss aufgehoben werden.**
- **Zugang zu Fahrkarten der ÖBB und der städtischen und regionalen Verkehrsverbände mit tatsächlichem Pensionsantritt und nicht erst mit Erreichen des 65. Lebensjahres.**
- **Die Wiedereinführung der Pensionsberechnung auf Grundlage der besten 15 Jahre.**
- **Die Anhebung des Pensionsantrittsalters für Frauen muss ausgesetzt werden, solange keine faktische Gleichberechtigung erreicht ist.**

Mobilität muss altersgerecht sein

Der Bedarf an altersgerechter Verkehrsinfrastruktur steigt. Ältere Menschen gehören zu den verletzlichsten Gruppen im Straßenverkehr und sind besonders auf eine barrierefreie, sichere und bezahlbare Mobilitätsinfrastruktur angewiesen. Nach wie vor sind kaputte Aufzüge und Rolltreppen in Bahnstationen, weit entfernte Haltestellen ohne Sitzmöglichkeiten oder Witterungsschutz, Busse und Bahnen, bei denen das Ein- und Aussteigen mit Gehhilfen zum Hindernis wird, alltäglich. Für ältere Menschen sind diese Dinge nicht nur ein Ärgernis, ihre Mobilität wird dadurch erschwert und die soziale und kulturelle Teilhabe eingeschränkt.



Daher fordert der ZVPÖ:

- **Eine Verkehrsplanung, die auf Chancengleichheit und Teilhabe ausgerichtet ist und die verschiedenen Mobilitätsbedürfnisse berücksichtigt und die ältere Generation sowie sozial benachteiligte Gruppen miteinbezieht.**

Im Einzelnen bedeutet dies:

- **Öffentliche Verkehrsflächen, die barrierefrei und für alle einfach zugänglich sind.**
- **Haltestellenbereiche im öffentlichen Verkehr, die sicher, gegen Kälte, Nässe und Hitze geschützt und frei von Hindernissen sind.**
- **Ein-Stunden-Takt für Bus oder Bahn in kleinen Gemeinden.**
- **Bundesweite Mobilitätsstandards, die auch Menschen auf dem Land Teilhabe ohne eigenes Auto ermöglichen.**

- ➔ **Preiswerte Fahrdienste für Gehbehinderte sowohl für medizinische Versorgung als auch zur Inanspruchnahme von kulturellen Angeboten und zur Befriedigung des Bedürfnisses nach Sozialkontakten.**
- ➔ **Temporeduktionen, die innerorts für mehr Sicherheit für Fuß- und RadfahrerInnen sorgen. Mehr Geld und Platz für Fuß- und Radwege.**
- ➔ **Längere Ampelphasen für FußgängerInnen.**

Die Pflege ist nach wie vor eine offene Wunde

Gerade die ältere Generation ist tagtäglich mit den praktischen Herausforderungen konfrontiert, die durch Beeinträchtigungen der geistigen und körperlichen Leistungsfähigkeit und der körperlichen Mobilität hervorgerufen werden.

Trotz aller durch die Pandemie sichtbar gewordenen strukturellen Baustellen sind viele dieser Bereiche bei der Absicherung der Pflegeversorgung nach wie vor politisch unbeachtet und unbearbeitet oder ungenügend vorangetrieben geblieben.

Die vom ZVPÖ 2019 herausgebrachte Broschüre zum Pflegenotstand ist leider nach wie vor aktuell, ebenso wie die darin enthaltenen Forderungen. Deshalb wird die Arbeit des Verbandes weiterhin einen starken pflegepolitischen Fokus haben. Der ZVPÖ wird die generationenübergreifende Vernetzung zu diesem Thema weiter stärken, denn die Absicherung der Pflegeversorgung geht alle an: uns, unsere Kinder, unsere NachbarInnen, KollegInnen und FreundInnen.

Der ZVPÖ fordert:

- ➔ **Das Recht auf Pflegeversorgung in die Verfassung**
- ➔ **Jährliche Erhöhung des Pflegegelds in Höhe der Pensionsanpassung**
- ➔ **Eine faire und realitätsnahe Berechnung der Pflegestufen.**



- ➔ **Weg mit dem „Kostendämpfungspfad“ für alle Gesundheits- und Pflegeausgaben**
- ➔ **Finanzierung der Pflege aus Budgetmitteln**
- ➔ **Reguläre Anstellungsverhältnisse für 24-Stunden-BetreuerInnen**
- ➔ **Entlastung und finanzielle Absicherung für pflegende Angehörige**
- ➔ **Ein österreichweites Netz von Community Nurses**
- ➔ **Ein Bundesausbildungsfonds für Pflegekräfte und deren finanzielle Absicherung in der Ausbildung in gleicher Höhe wie für PolizeischülerInnen.**
- ➔ **Verdoppelung der Finanzhilfe für die 24-Stunden-Betreuung.**

Gesundheitspolitik

Der ZVPÖ erneuert und bekräftigt alle Forderungen, wie sie beim Bundestag 2019 beschlossen wurden.

- ➔ **Demokratische Wahl der Versicherungsvertreter für alle Entscheidungsorgane der Selbstverwaltung.**
- ➔ **Rückkehr zu der Stimmgewichtung der Versicherten in den Entscheidungsorganen der Selbstverwaltung wie diese bis 2018 bestanden hat.**
- ➔ **Aufhebung aller Höchstbeitragsgrenzen für Krankenversicherungsbeiträge.**
- ➔ **Heranziehen der gesamten Wertschöpfung zur Berechnung der Dienstgeberbeiträge.**
- ➔ **Ausbau der Leistungen der AUVA mit besonderem Schwerpunkt der Unfallprävention für SeniorInnen.**
- ➔ **Uneingeschränkter Zugang zu allen Rehabilitationsleistungen und Kuraufenthalten für SeniorInnen.**
- ➔ **Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Medikamente.**
- ➔ **Rezeptgebührenbefreiung für alle SeniorInnen mit Pensionen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle**



Dem ZVPÖ ist es in der letzten Periode gelungen, wertvolle Vernetzungsarbeit auf dem Debattenfeld der Primärversorgung zu leisten. Als Verband werden wir uns weiterhin und vermehrt an den öffentlichen Diskussionen zu diesem wichtigen Thema für die SeniorInnen beteiligen und auch im SeniorInnenrat unsere Positionen artikulieren.

Zur weiteren Absicherung einer verlässlichen präventiven Gesundheitsversorgung hat das Sozial- und Gesundheitsministerium zehn nationale Gesundheitsziele festgeschrieben. Bisläng finden sich die spezifischen und präventiven Gesundheitsinteressen der älteren Generation dort aber nicht abgebildet.

Die wohnortnahe Gesundheitsversorgung ist ein hohes Gut und kann im ländlichen Bereich zunehmend nicht mehr gewährleistet werden.

Wir fordern daher:

- ➔ die Sicherstellung einer ausreichenden Zahl von Kassenordinationen in der Allgemeinmedizin und im Facharztbereich, insbesondere im ländlichen Raum.
- ➔ die flächendeckende Etablierung von öffentlich betriebenen und finanzierten Gesundheits-, Sozial- und Beratungszentren auf kommunaler Ebene mit einer breiten interdisziplinären Ausstattung mit ExpertInnen aus den Bereichen Medizin, Pflege, Sozialarbeit, Physiotherapie, Ergotherapie, Diätologie, Geburtshilfe und Psychotherapie.
- ➔ Das Gesundheitsziel „Gesund älter werden“ in den Zielforderungskatalog des Ministeriums für Gesundheit aufzunehmen und auch umzusetzen.
- ➔ Ein öffentlich finanziertes Demenzscreening ab 65 und den Aufbau einer wohnortnahen Versorgungsstruktur für demenzerkrankte Menschen. ■



Ab den 1990er Jahren organisierten Otto und Helli Podolsky die beliebten Flugreisen des ZVPÖ. Im Laufe der Jahre wurden Länder in allen Kontinenten besucht. Daneben organisieren der ZVPÖ und einige seiner Landesgruppen regelmäßig ein- und mehrtägige Busreisen und Tagesausflüge. Die wöchentliche Wandergruppe ist ein aktiver Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens im Verband.



China 1993



Hongkong 1996



Riesengebirge



Tirol



Kuba 1994



Vietnam 1997



Die wöchentliche Wandergruppe



Deutschland (Am Brocken)



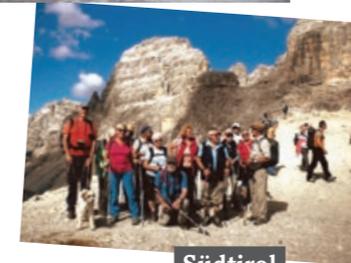
Mexiko 1996



China 2000



Südtirol



Spreewald



Bundesobmänner und Bundessekretäre des ZVPÖ nach 1945

Bundesobmänner

Anton Burkhardt 1946
 Otto Wimmer ab 1948
 Josef Ruh 1949
 Gottfried Krenn 1951
 (ab 1972 Ehrenobmann)
 Richard Geyer 1972
 Heini Klein 1984
 Gerhard Gütlbauer 1987
 Rudolf Pruckmoser 2000
 Alexander Beran 2014
 Otto Podolsky 2016, geschäftsführend
 (ab 2019 Ehrenobmann)
 Michael Graber 2018

Bundessekretäre

Ferdinand Holzinger 1955
 Hanna Kourek 1957
 Fritz Bickel 1963
 Richard Geyer 1969
 Johann Stickler 1972
 Heini Klein 1975
 Gerhard Gütlbauer 1984
 Otto Penz 1991
 Willi Rau 1992
 Fritz Höllisch 2006
 Herbert Fuxbauer 2017



Richard Geyer



Heini Klein



**Herta Narodoslavsky war
viele Jahre Obfrau des
ZVPÖ in der Steiermark**



**Otto Podolsky (Ehrenobmann),
Alfred Froschauer (Landesverantwortlicher
Steiermark) und Sylvana Weidinger
(damals Landessekretärin, jetzt Obfrau Steiermark)**

An uns Senioren kommt keiner vorbei!

Wenn's uns nicht gäbe, die Senioren,
 was ging an Umsatz dann verloren!
 Seht euch die Urlaubszentren an:
 Wer füllt die Busse, wer die Bahn?
 Wer steigt ins Flugzeug unerschrocken?
 Wer lässt sich selbst aufs Schiff noch locken?
 Mallorcas Strände wären leer,
 gäb's keine Senioren mehr.
 Was sonst auch immer ist und sei:
 An uns Senioren kommt keiner vorbei!

Bei Ärzten gäb' es Sorgenfalten.
 Wir müssen sie am Leben halten!
 Wer kennt sich aus mit Rheuma – Gicht,
 gäb' es die Senioren nicht?
 Wer außer uns ist wirklich krank
 und stapelt Medizin im Schrank?
 Wer sonst füllt so auf diesem Wege
 Die Kasse jeder Apotheke?
 Und wer betrachtet als Geschenk
 So stolz sein neues Hüftgelenk?
 Die Alten sind's, ganz einwandfrei.
 An uns Senioren kommt keiner vorbei!

Kein Enkelkind würd' je geboren,
 gäb's nicht uns vorher, die Senioren.
 Auch hier sind wir – nun mal ganz ehrlich –
 Als Babysitter unentbehrlich.
 Was wäre – mal beseh'n bei Licht –
 Gäb's Oma und den Opa nicht?
 Da gibt es gar nichts zu verhehlen:
 Es würde einfach etwas fehlen.
 Ja, es beweist sich immer mehr:
 Auch wir Senioren sind noch wer!
 Und es ergibt sich zweifelsfrei:
 An uns Senioren kommt keiner vorbei!

Wer stürzt sich in den Einkaufsrummel?
 Wer hat noch Zeit für einen Bummel?
 Den Städten ginge viel verloren,
 wenn's uns nicht gäbe – die Senioren.
 Manch Kaufhaus wär' zur Hälfte leer,
 sehr viele Läden gäb's nicht mehr.
 Und wären wir nicht einst geboren,
 gäb's jetzt 'ne Green-Card für Senioren.
 Ob Kaufhaus, Bäcker – einerlei:
 An uns Senioren kommt keiner vorbei!

Dass wir nicht zu entbehren sind,
 das weiß inzwischen jedes Kind.
 Die Altenheime – bitte sehr –
 Wo kämen die Bewohner her?
 Wer füllt die Räume? Wer auch immer:
 Es gäbe viele leere Zimmer.
 Ihr seht: auch älter und betagt,
 wir sind noch überall gefragt.
 Nur: Die uns Rentner so umwerben,
 die wollen meistens etwas erben.
 Jedoch, Senioren – da bleibt helle!
 Niemals vererben auf die Schnelle!

Und gäb's uns nicht, die munt'ren Alten,
 die alles fröhlich mitgestalten,
 dann käm' auch niemand heut' hierher
 und dieser Raum – er bliebe leer.
 Es ist doch einfach zu beweisen:
 Wir sind noch längst kein altes Eisen!
 In diesem Sinne: Was immer auch sei:
An uns Senioren kommt keiner vorbei!

Edeltraud (+) & Edgar Brandner
 ZVPÖ Tirol © 2023

SEIT

100 JAHREN ZVPÖ

GEMEINSAM



UNABHÄNGIG



ENGAGIERT



RÜSTIG



DIE SIND SEHR LÄSTIG!

LÄSTIG



LÄSTIG, LISTIG, LUSTIG!

DIESEN «REFORM»SCHMÄH KENNEN WIR SCHON LANG!



FRÖHLICH

VIELLEICHT SOGAR WEISE

© KARL BERGER 2024

ZVPÖ

Zentralverband der Pensionistinnen und Pensionisten Österreichs

www.zvpoe.at

Illustration: Karl Berger